

Nr. 43

Datum: 16.11.2003

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Dunja Rose (V.i.S.d.P.)
Odeonstr. 4, 30159 Hannover
Telefon: 05 11 – 12 60 85 33
Telefax: 05 11 – 12 60 85 85
E-Mail: presse@gruene-niedersachsen.de
<http://www.gruene-niedersachsen.de>

Pralles Arbeitsprogramm für sozialen und ökologischen Aufbruch auf Grünen-Parteitag in Oldenburg **Beschlüsse zur Vermögenssteuer, Bürgerversicherung, Rücknahme der Kürzungen im Hochschulbereich, neunjährige Basisschule und Gemeindereform**

Als „Tag der Freude“ haben die niedersächsischen Grünen auf ihrem Parteitag am Samstag (heute) in Oldenburg die Abschaltung des Atomkraftwerks in Stade gefeiert. Bundesumweltminister Jürgen Trittin bedankte sich bei allen, die über Jahre für dieses Ziel gekämpft und mit ihrem Engagement die Energiewende erst möglich gemacht haben. Rebecca Harms, die Grünen-Fraktionsvorsitzende im Niedersächsischen Landtag sprach von einem „ersten Schritt zur Beendigung des atomaren Risikos in Deutschland“. In einer Resolution kritisiert der Parteitag die Ablehnung des Gesetzes zur Förderung der Erneuerbaren Energien durch CDU und FDP.

Den 140 Delegierten lag ein pralles Paket programmatischer Anträge zur Bearbeitung vor.

„Vermögen verpflichtet“ war der Antrag zur stärkeren Beteiligung der privaten Vermögen an der Finanzierung des Sozialstaats, der eine gerechtere Steuerpolitik fordert. In dem von der Vorsitzenden Brigitte Pothmer für den Landesvorstand eingebrachten und einstimmig verabschiedeten Beschluss wird die Einführung der Vermögenssteuer, die konsequentere Besteuerung der Unternehmensgewinne und die verschärfte Ahndung von Steuerbetrug gefordert.

Pothmer: „Es geht darum, der Erkenntnis Nachdruck zu verleihen, dass die starken Schultern in dieser Gesellschaft eine größere Verantwortung tragen müssen, als bisher.“

Weitere Beschlüsse fordern die CDU/FDP-Landesregierung zur Rücknahme der Kürzungen im Hochschulbereich auf und plädieren für die Einführung der neunjährigen Basisschule in Niedersachsen.

Im Rahmen der aktuellen Diskussion um die Staatsmodernisierung fordern die niedersächsischen Grünen die Fusion von Landkreisen zu Regionen. „Dies ist eine wichtige Voraussetzung zur Verlagerung staatlicher Aufgaben auf die Kommunen“, sagte der Landesvorsitzende Raimund Nowak. Der Landesparteitag unterstützte die Forderung nach Auflösung der Bezirksregierungen. Ein Antrag zur Stärkung der kommunalen Ebene und zur Regionsbildung wurde einstimmig beschlossen. Die Grünen wollen diese Frage nunmehr landesweit thematisieren. „Gebietsreformen sind für uns kein Tabu“ bekräftigte Nowak.

Pothmer und Nowak: „Auf unserem Parteitag haben sich die Grünen in Niedersachsen fit gemacht für den ökologischen und sozialen Aufbruch. Wir zeigen der Landesregierung die rote Karte und versprechen ihnen weiter eine knallharte Opposition gegen ihre Politik der Entsolidarisierung in Niedersachsen.“

Alle Anträge finden Sie im Internet unter www.gruene-niedersachsen.de/ldk